



Stadt Leverkusen

Vorlage Nr. 2570/2014

Der Oberbürgermeister

I/01-011-12-11-sc

Dezernat/Fachbereich/AZ

28.01.14

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I	03.02.2014	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Verhalten von Jugendlichen in Rheindorf-Nord

- Bürgerantrag vom 02.01.14
- Stellungnahme vom 28.01.14 (Anlage)

Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2609/2014

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-kr

Dezernat/Fachbereich/AZ

28.01.14

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I	03.02.2014	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	17.02.2014	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Verhalten von Jugendlichen in Rheindorf-Nord

- Antrag der Fraktion pro NRW vom 27.01.14
- Stellungnahme vom 28.01.14 (Anlage)

01

- über Herrn Stadtkämmerer Stein
- über Herrn Oberbürgermeister Buchhorn

gez. Stein
gez. Buchhorn

Verhalten von Jugendlichen in Rheindorf-Nord

- **Bürgerantrag vom 02.01.14**
- **Nr. 2570/2014**
- **Antrag der Fraktion pro NRW vom 27.01.14**
- **Nr. 2609/2014**

Die Problematik ist nach Ansicht des Fachbereichs Recht und Ordnung mit ausschließlich repressiven Mitteln (Strafrecht) **nicht** zu lösen. In diesem Zusammenhang ist wiederholt darauf hinzuweisen, dass für die Verfolgung und Ahndung von Straftaten nicht der Fachbereich Recht und Ordnung zuständig ist. Dies ist Aufgabe von Polizei und Staatsanwaltschaft.

Auf Grund des Wissens um die geschilderte Problematik erfolgte bisher dennoch in unregelmäßigen Abständen eine Bestreifung des Königsberger Platzes durch den von der Stadt beauftragten privaten Sicherheitsdienst. In Anbetracht der im Bürgerantrag Nr. 2570/2014 und im Antrag Nr. 2609/2014 dargestellten Situation erfolgt nunmehr jedoch, ab sofort bis auf Weiteres, eine regelmäßige Bestreifung.

Aus Sicht des Fachbereichs Recht und Ordnung erscheint aber aufgrund der eingeholten Stellungnahme des Fachbereichs Kinder und Jugend der Einsatz von Streetworkern wesentlich zielführender zu sein, um vorhandene Probleme vor Ort soweit wie möglich zu reduzieren oder vielleicht erst gar nicht entstehen zu lassen.

Laut Stellungnahme des Fachbereichs Kinder und Jugend ergab eine Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendgerichtshilfe der Region I in Rheindorf bisher keine gestiegenen Fallzahlen bei Ladendiebstählen durch Jugendliche und Heranwachsende.

Es ist zu berücksichtigen, dass diese Fälle erst mit gewisser zeitlicher Verzögerung der Jugendgerichtshilfe gemeldet werden, da Polizeiberichte und etwaige Anklagen den Fachbereich erst geraume Zeit nach Tatbegehung erreichen.

Auch die übrigen genannten Vorgänge (Gruppenbildung, verbales Angehen, Anpöbeln, Bedrohungen) sind dem Fachbereich Kinder und Jugend bisher von keiner Seite in höherem Maße als üblich gemeldet worden.

Der Einsatz von Straßensozialarbeitern in dem betroffenen Stadtteil wurde mit diesen thematisiert und wird zeitnah vorgenommen werden.

Die Straßensozialarbeit ist allerdings eine absolut freiwillige und niederschwellige Einrichtung. Ordnungsrechtliche oder polizeiliche Eingriffe gehören weder zu deren Handlungsrepertoire, noch sind sie dazu befugt.

In der Region besteht bereits eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Allgemeinen Sozialen Dienst, der Straßensozialarbeit, dem Rheindorfer Laden und dem dortigen Jugendhaus. Es besteht die Möglichkeit, dass die Straßensozialarbeiter im Rahmen ihrer Arbeit Kontakt mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen am Königsberger Platz herstellen. Langfristiges Ziel wäre eine Einbindung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Freizeitgestaltung des Jugendhauses Rheindorf.

Gegebenenfalls sind bestehende Bekanntschaften zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendhauses und den entsprechenden jungen Menschen von Vorteil und könnten eine persönliche Kontaktaufnahme erleichtern und eine positive Veränderung von mutmaßlich problematischen Verhaltensweisen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen am Königsberger Platz begünstigen.

Zudem wird die Sachlage zusätzlich mit dem Bezirkspolizisten thematisiert und an weiteren koordinierten Handlungsansätzen gearbeitet.

gez. Drescher